



Parteiprogramm

Legislatur 2012 – 2016



SVP – die Partei für den Kanton Uri

Parteiprogramm der SVP des Kantons Uri

Legislatur 2012 – 2016

Beschlossen am 27. Oktober 2011 in Attinghausen von der Generalversammlung der SVP URI gemäss Artikel 6 der Statuten der SVP URI.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Auf einen Blick	4
Bildung	6
Bürger als Souverän	7
Eigenständigkeit	8
Eigentum	9
Energie	10
Gesundheit	11
Innere Sicherheit	12
Integration	13
Landesverteidigung	14
Landwirtschaft	15
Mensch, Familie und Gemeinschaft	16
Öffentliche Finanzen und Steuern	19
Religionen	20
Soziale Sicherheit	21
Tourismus	22
Umwelt	23
Verkehr	24
Wirtschaft	25
Wir sind die Partei der Grundsätze	26

Vorwort

Liebe Urnerinnen und Urner!

Der Auftrag der Urner SVP ist es, unseren Kanton als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum auch morgen attraktiv zu halten und zu stärken. Wir wollen einen Kanton Uri, der seinen Bürgerinnen und Bürgern Freiheit, Sicherheit und Wohlstand bietet. Dafür gilt unser voller Einsatz im Dienst der Urnerinnen und Urner.

Grundlage unseres politischen Handelns ist unser Parteiprogramm. Darin finden sich zusammengefasst die gemeinsam erarbeiteten Grundsätze, auf die sich unsere Vertreterinnen und Vertreter verpflichten und die uns stark gemacht haben. Mit diesem Programm tritt die SVP URI vor unsere Wählerinnen und Wähler. Es ist unseren Politikern Auftrag und Verpflichtung. Das Parteiprogramm ist unserer Partei ein Kompass, damit wir auch in den Stürmen und in der Unübersichtlichkeit des politischen Alltags klaren Kurs halten.

Wer die SVP URI wählt, soll wissen, woran er ist. Die SVP spricht Klartext, denn unverständliche, konfuse und widersprüchliche Parteiprogramme gibt es schon genug. Die SVP steuert einen verlässlichen Kurs. Ihre Vertreterinnen und Vertreter bieten Gewähr, dass sie ihre mit dem Programm abgelegten Versprechen konsequent umsetzen. Der Auftrag unseres Programms macht die Glaubwürdigkeit der Politik der SVP URI aus.

Mit dem neuen Parteiprogramm gibt die SVP URI ein klares Bekenntnis zum Kanton Uri und zur Schweiz und ihren Besonderheiten ab. Klar, ehrlich und konsequent setzt sich die SVP URI für einen lebenswerten Kanton Uri, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, für eine leistungsfähige Wirtschaft, einen starken Mittelstand, eine unternehmerische Landwirtschaft, tiefere Steuern, weniger Gesetze, mehr Sicherheit und für die Wertschätzung der Familie ein. Uri soll aber auch weiterhin als Wohnort schön und attraktiv bleiben.

Ystaa fir Üri

Die kantonalen Wahlen vom 11. März 2012 bilden den richtigen Zeitpunkt, um sich Gedanken über die Zukunft unseres Kantons zu machen. Das Volk ist die höchste Instanz in unserem Kanton und bestimmt den Weg. Wir Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, an der Urne Veränderungen herbeizuführen. Wenn Sie wie wir auch weiterhin für Uri einstehen möchten, empfehle ich Ihnen die SVP - die Partei für den Kanton Uri. Nur wenn die SVP URI im Regierungsrat und im Landrat stärker wird gelingt es der SVP auch, unsere Anliegen mit einer effizienten und sachbezogenen Politik zum Wohle der Urnerinnen und Urner umzusetzen. Motivieren Sie Ihre Familie, Verwandten und Freunde, damit auch diese am 11. März zur Urne gehen und SVP wählen.

Landrat Gusti Planzer, Präsident SVP URI

Auf einen Blick

Die Schwerpunkte der Urner SVP

Wer die Urner SVP wählt, soll wissen, woran er ist. Die Urner SVP spricht Klartext und steuert einen klaren, ehrlichen und konsequenten Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreter der SVP auf allen Stufen boten in der Vergangenheit Gewähr, dass sie ihre Versprechen umsetzen. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir setzen uns ein ...

- ... für ein Bildungssystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird.
- ... für eigenverantwortlich handelnde Bürger mit grossen Mitbestimmungsrechten statt zentralistische Staatsallmacht.
- ... für eine sichere Zukunft in Freiheit und Wohlstand, für ein Zuhause im Heimatkanton Uri und in unserem Kleinstaat Schweiz.
- ... für den schweizerischen Sonderfall mit den Säulen Souveränität, direkte Demokratie, immerwährende Neutralität, Föderalismus und Gemeindeautonomie
- ... für die Garantie des Privateigentums bei Vermögen, Grund und Boden, Wohnen sowie den Schutz des geistigen Eigentums.
- ... für mehr Markt und weniger Bürokratie, für sichere Arbeitsplätze in unseren Unternehmen und Gewerbebetrieben.
- ... für die sichere, günstige und möglichst unabhängige Energieversorgung von Haushaltungen und Betrieben.
- ... für die Gesundung des Gesundheitswesens durch Prämiensenkung und Entschlackung des Leistungskatalogs; Förderung der Selbstverantwortung.
- ... für eine konsequente Strafverfolgung und verschärften Strafvollzug statt der Verhätschelung der Kriminellen.
- ... für eine konsequente Asylpolitik, die den Missbrauch verhindert, aber den echten Flüchtlingen Schutz gewährt.
- ... für eine effiziente Ausländerpolitik, welche die Qualität der Zuwanderung sicherstellt, statt durch Personenfreizügigkeit eine Massenimmigration zu ermöglichen.
- ... für eine bedrohungsgerechte Milizarmee, welche das Land verteidigt und die Bevölkerung bei Katastrophen schützt.

- ... für eine produzierende Land- und Forstwirtschaft mit bäuerlichen Unternehmen, deren Freiheit nicht durch Vorschriften erstickt wird.
- ... für ein Miteinander von Alt und Jung, Frau und Mann, Familien und Alleinstehenden.
- ... für sportliche Betätigung im Rahmen von Spitzen- und Breitensport.
- ... für weniger Steuern, Zwangsabgaben und Gebühren, damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr zum Leben bleibt.
- ... für einen sparsamen Staatshaushalt und zur Reduktion der ständig steigenden Staatsausgaben.
- ... für die Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur unter Ablehnung von religiöser Gewalt, Fanatismus und Verachtung unseres freiheitlichen Rechtsstaates.
- ... für sichere Sozialwerke durch Bekämpfung des Missbrauchs durch Scheininvaliden und Arbeitsscheue; Handeln nach dem Grundsatz der Solidarität statt dem Giesskannenprinzip.
- ... für einen gelebten Schutz der Umwelt mit konkreten Taten statt linksideologischer Geldumverteilung ohne Nutzen für die Natur.
- ... für eine Verkehrspolitik, die den öffentlichen und den privaten Verkehr nicht gegeneinander ausspielt.

Bildung

Das Kapital für unsere Zukunft

Die Bildung ist die zentrale Investition in eine nachhaltig starke Wirtschaft und informierte Gesellschaft. Da viel Geld in ineffiziente und bildungsfremde An gelegenheiten gesteckt wird, bleibt unsere Bildungsqualität weltweit nur Mittelmass.

Speziell die Volksschule muss zur Ruhe kommen, damit sich die Lehrpersonen wieder auf ihre eigentliche Arbeit der Wissens-/Fähigkeitsvermittlung besinnen können. Disziplin, Fleiss und Leistung bilden das Fundament jeder erfolgreichen Ausbildung. Die bequeme, leistungsverweigernde Pädagogik der 68-er Generation ist folgen schwer gescheitert. Es braucht wieder hohe Standards in der Bildung.

Allzu viele Schulabgänger weisen eklatante Schwächen in der Sprachfähigkeit, in Mathematik und den Naturwissenschaften auf. Die Schule soll den Schülern die grundlegenden Kernkompetenzen beibringen. An der Mittelschule sind wieder höhe re Anforderungen an die Mittelschüler zu stellen.

Die Kombination von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsfachschule (duales System) hat sich bewährt und ist ausländischen Modellen der Berufsbildung überlegen. Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, sollen steuerlich entlastet werden.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... fordern den Grundsatz: Eltern erziehen und Lehrpersonen bilden aus.
- ... kämpfen für die Beendigung des Reformdurcheinanders, damit die Volksschule endlich zur Ruhe kommt und wieder auf das Fundament bewährter Werte (Leistung, Ordnung, Disziplin usw.) gestellt wird.
- ... wollen, dass an unseren Schulen die Vermittlung der landeseigenen Kultur Vorrang hat.
- ... sagen Nein zum „integrativen Unterricht“, da wir Kinder mit schweren Lern- oder Verhaltensschwierigkeiten in speziellen Klassen von speziell ausgebildeten Fachkräften unterrichten lassen wollen.
- ... fordern, dass der Lernfortschritt durch das Prüfen von Zwischen- und Endzielen gewährleistet wird.
- ... prüfen die finanziellen Mittel auf ihre Wirksamkeit.
- ... fordern die sprachliche Integration von ausländischen Schülern vor deren Einschulung.
- ... verlangen, dass Disziplin, natürliche Autorität und Gewaltlosigkeit ihren angemessenen Platz in einer suchtmittelfreien Schule zurückerhalten.
- ... fordern, dass Lernende ausbilden nicht zu Ungunsten einer erfolgreichen Zukunft der Urner Jugend durch unnötige Bürokratie verhindert wird.
- ... setzen uns ein, dass die Berufslehre nicht zu Gunsten der gymnasialen Ausbildung vernachlässigt wird.

Bürger als Souverän Gegen Entmachtung und Bevormundung

Die mündigen, vollwertigen und mitbestimmenden Bürgerinnen und Bürger sind heute stark herausgefordert. Globalisierung und internationale Verflechtungen führen dazu, dass ihnen die Entscheidungen zunehmend durch politische Gremien, Gerichte, internationale Organisationen und Funktionäre abgenommen werden. Die schleichende Internationalisierung, Bürokratisierung, Zentralisierung und Harmonisierung bedrohen unsere direkte Demokratie.

Die schrittweise Entmündigung geschieht unter dem Deckmantel des schön tönenden Schlagworts „Effizienzsteigerung“. Die Menschen sollen das von oben Verordnete nur noch brav abnicken. Sie müssen sich gegenüber der Obrigkeit immer mehr rechtfertigen und in ihrem Tun kontrollieren und überwachen lassen.

Die SVP fordert von allen Politikern das selbstbewusste Eintreten für unser Rechtssystem.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... widersetzen uns der schleichenden Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger durch Globalisierung, Internationalisierung und Zentralisierung.
- ... verlangen von den gewählten Behörden, dass sie sich hinter unser Rechtssystem stellen, statt ständig fremdes Recht nachvollziehen.
- ... wollen, dass sich Regierung und Verwaltung weder in Abstimmungskämpfe einmischen noch dem Volk undemokratisch zusammengeschnürte Vorlagen unterbreiten.
- ... fördern Zusammenarbeitsformen von Gemeinden, damit die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausgewogener abgedeckt werden.
- ... lehnen von oben verordnete Gemeindefusionen ab.
- ... verteidigen die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger und bekämpfen die Tendenz der Gerichte, sich über die Demokratie zu stellen.

Eigenständigkeit

Die Schweiz als Sonderfall

Unser heutiger Bundesstaat ist vor über 160 Jahren als demokratische, föderalistisch aufgebaute Republik inmitten von europäischen Monarchien entstanden. Später wurde dieser Sonderfall mit dem Ausbau der direkten Mitbestimmungsrechte des Volkes weiter ausgebaut zum heute weltweit einzigartigen und hochmodernen Konzept des direktdemokratischen Kleinstaates Schweiz.

Das Nachlaufen und Nachvollziehen war noch nie eine Stärke unseres Landes. Die Probleme sollen da gelöst werden, wo man sie kennt und die Übersicht vorhanden ist. Um unsere Probleme eigenständig zu lösen, brauchen wir unsere eigene Gesetzgebung in einem souveränen, handlungsfähigen Staat.

Unser Bundesstaat als Zusammenschluss von Minderheiten ist undenkbar ohne weitgehende föderalistische Rechte von Kantonen und Gemeinden. Föderalismus bedeutet, mit seinen Ideen und Talenten, seinen finanziellen Mitteln und seiner Arbeitskraft im Wettbewerb zu den anderen Kantonen, aber auch zum Ausland, zu stehen. Analog zur freien Marktwirtschaft sollen Bürgerinnen und Bürger frei wählen können, welche Dienstleistungen, Steuersätze, Schulsysteme und gesetzliche Regelungen sie in Anspruch nehmen möchten. Der daraus entstehende Wettbewerb zwischen den Kantonen schafft – analog zur Marktwirtschaft – positive Effekte wie Innovation, tiefe Steuern, Deregulierung und Effizienz.

Unserem Land ist es immer dann gut gegangen, wenn es zum Sonderfall Sorge trug, statt die andern nachzuahmen oder mit internationalen Organisationen zu „harmonisieren“.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... bekennen uns zum schweizerischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie, dauernd bewaffnete Neutralität und Subsidiarität.
- ... wollen einen liberalen Kanton mit umfassenden Freiheits- und Volksrechten für die Bürgerinnen und Bürger.
- ... kämpfen für den Erhalt und den Ausbau der Volksrechte und wehren uns gegen alle undemokratischen Einschränkungen.
- ... fordern solide „Schweizer Qualität“ in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft statt Prestigedenken, Selbstgefälligkeit und pompöse Auftritte.
- ... verlangen von unseren Behörden Standfestigkeit beim zunehmenden Druck von andern Staaten und internationalen Organisationen gegen unsere Souveränität.

Eigentum Schutz vor linkem Raubzug

Eigentum bedeutet, über seine legitim erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen zu können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie, wohlhabende und glückliche Gesellschaft möglich.

Die Gewährung des Eigentums ist Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirtschaftsordnung. Dieses Eigentum muss jederzeit frei veräusserlich und ausserdem vererblich sein. Ohne geschütztes Eigentum herrscht Verantwortungslosigkeit, Willkür und Massenarmut.

Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, ist bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Darum gehört die Gewährleistung des Privateigentums zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates.

Zu den wichtigsten Eigentumsrechten gehört dasjenige an Grund und Boden. Eine sinnvolle Raumplanung soll die Trennung von Siedlungs- und Nichtsiedlungsgebieten sicherstellen. Dabei muss der Grundsatz gelten, einerseits Bauland ökonomisch zu nutzen, andererseits Kulturland, Wald und Erholungsgebiete sicherzustellen, damit sie ihre Nutz- und Schutzfunktionen erfüllen können.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... verteidigen das verfassungsmässig garantierte Eigentum gegen die Angriffe von Sozialisten in allen Parteien und Organisationen.
- ... verlangen straffe und einfache Bewilligungs- und Rechtsmittelverfahren im Planungs- und Baurecht.
- ... setzen uns für die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung unter Beibehaltung der investitionsfördernden Schuldzinsabzüge ein.
- ... beurteilen den staatlichen Wohnungsbau mit grosser Skepsis und wenden uns gegen den unsozialen „sozialen Wohnungsbau“.
- ... unterstützen ein freiheitliches Raumplanungs- und Bodenrecht unter Respektierung des Privateigentums.
- ... setzen uns für die nachhaltige Nutzung des Grund und Bodens ein.
- ... setzen uns ein, dass Raumplanung und Verkehrsplanung aufeinander abgestimmt und koordiniert werden.
- ... setzen uns für den Schutz der Privatsphäre ein.

Energie

Energie, der Zündstoff unserer modernen Gesellschaft

Wir setzen uns für eine sichere Energieversorgung ein und dafür, dass Betriebe und private Haushalte in Zukunft von günstigeren Preisen profitieren können. Die Regeln der freien Marktwirtschaft müssen spielen.

Schon vor der Steckdose müssen die Weichen in die richtige Richtung gestellt werden, müssen die wirtschaftliche Abhängigkeit und das immense Machtpotenzial erkannt werden. Energie für alle, immer und erst noch möglichst günstig.

Als Volkspartei ist es uns nicht egal, wer am Energieschalter sitzt. Auch nicht, wie, wann und wo Energie produziert wird. Alle technischen Möglichkeiten zur Einsparung kostbarer Energie müssen geprüft und sinnvolle Projekte unterstützt und realisiert werden. Modernste Technik, kombiniert mit Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit sind die Energielieferanten der Zukunft.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... wollen einheitliche Marktbedingungen für alle Energieträger schaffen.
- ... befürworten bauliche Massnahmen, welche Energiesparmöglichkeiten ausschöpfen und betriebswirtschaftlich sinnvoll sind.
- ... sind offen für neue und erneuerbare Energiequellen.
- ... setzen uns ohne Vorurteile ein für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung bis in die Randregionen.
- ... fordern günstige Strompreise für alle.
- ... lehnen marktverzerrende Förderprogramme und neue oder höhere Steuern, Abgaben und Gebühren, welche die Energie verteuern, ab.
- ... befürworten den Bau neuer Wasserkraftanlagen im Kanton Uri, um die Abhängigkeit gegenüber Drittlieferanten zu minimieren.

Gesundheit

Kostenexplosion macht krank

Die Schweiz darf zu Recht stolz sein auf den hohen Standard des Gesundheitswesens. Die Kosten im Gesundheitswesen sind auf ein für alle erträgliches Mass anzupassen. Als einzige Partei hat die SVP 1994 das Krankenversicherungsgesetz (KVG) bekämpft und auf die drohende Explosion der Prämien aufmerksam gemacht.

Durch zunehmend neue Aufgaben im Leistungskatalog sowie wegen mangelndem Sparwillen fast aller am Gesundheitswesen Beteiligter, sind die Gesundheitskosten in alarmierendem Masse angestiegen.

Im Gesundheitswesen braucht es eine neue Marktordnung und damit eine grundlegende Änderung des Systems. Echte Leistungs- und Sparanreize müssen geschaffen werden. Durch mehr Eigenverantwortung, in erster Linie durch eine stärkere Kostenbeteiligung, können die Kosten für das Gesundheitswesen reduziert werden.

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist heute auf staatliche Prämienverbilligungen angewiesen. Die Prämienverbilligung lindert zwar den Druck, verschleiert gleichzeitig aber auch die Kostenexplosion und verhindert so die dringend nötigen Reformen. Ein solches Gesundheitssystem ist krank.

Rauschgifte sind keine Genussmittel, sondern Stoffe, die in kürzester Zeit zu Abhängigkeit führen und Körper und Geist zerstören. Ziel unserer Drogenpolitik ist es, den Drogenhandel zu bekämpfen, den Einstieg in den Konsum zu verhindern und die Süchtigen in die Suchtfreiheit zu führen.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... stehen für das betriebswirtschaftlich geführte Kantonsspital Uri ein.
- ... verlangen volle Transparenz über Qualität und Preise im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten und damit deren Wohlergehen zu stärken.
- ... fordern eine solide und finanzverträgliche Grundversorgung für alle und keine weitere Aufblähung des Grundversicherungskatalogs.
- ... befürworten im Gesundheitswesen die Schaffung von Anreizen zur Steigerung des Kostenbewusstseins aller Beteiligten.
- ... setzen uns ein, dass die Krankenkassen auch die spitalexterne Pflege (Hauspflege) finanziell angemessen unterstützen.
- ... lehnen die Bestrebungen zur Schaffung einer Einheitskasse ab.
- ... wehren uns gegen die teilweise sektiererischen und gewerbefeindlichen Bestrebungen des Bundes (und deren kantonale Akteure) im Bereich der Prävention.
- ... lehnen die Legalisierung jeder Art von Drogen ab.

Innere Sicherheit

Mehr Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger

Die Einbrüche, die zunehmende Gewaltkriminalität, Vandalismus und die markant steigende Ausländerkriminalität bedrohen die Sicherheit jedes Einzelnen. Vor allem die Schwachen unserer Gesellschaft stehen der zunehmenden Gewalttätigkeit und Rücksichtslosigkeit ohnmächtig gegenüber.

Ruhe und Ordnung auf öffentlichem Grund sind Bestandteil der inneren Sicherheit.

Die Jugendkriminalität wächst, was sich insbesondere an den Gewalteskalationen in der Schule, in Sportarenen und in den grösseren Gemeinden zeigt. Der laiszer-faire-Politik ist entschlossen entgegen zu wirken. Gefordert sind wir alle. Auch seitens des Staates ist härter durchzugreifen. Die Eltern sind Vorbild, zuständig für die Erziehung und bei Vorfällen zur Verantwortung zu ziehen.

Eine absolute Sicherheit gibt es indessen nicht. Daher ist bei allen Sicherheitsmassnahmen die Verhältnismässigkeit zu wahren. Die persönliche Freiheit von unbescholtenen Personen und ihre Privatsphäre ist zu wahren.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... wollen im Kanton Uri in Ruhe und Frieden, im Einklang mit moralischen, gesetzlichen und gesellschaftlichen Normen, leben können.
- ... setzen uns für ein starkes, bürgerfreundliches und gut ausgebildetes Polizeikorps ein.
- ... wollen eine möglichst kurze Interventionszeit der Sicherheitspolizei auf unserem Kantonsgebiet.
- ... tolerieren keinen Vandalismus und Littering (achtloses Wegwerfen von Gegenständen).
- ... fordern konsequentes Handeln auf allen staatlichen Stufen. Insbesondere verlangen wir eine rigorose Durchsetzung von Recht und Ordnung sowie eine straffe Durchsetzung des Ausländerrechts und die Ausschaffung von kriminellen Ausländern.

Integration

Integration, mehr als ein Modebegriff

Deutsche Sprache – schwere Sprache. Alle sprechen heute von Kommunikation, aber gesprochen wird weniger miteinander. Und das, weil man die Sprache nicht versteht oder sich gegenseitig nicht verstehen will.

Die Gesamtzahl von Ausländerinnen und Ausländern – vor allem auch aus andern Kulturkreisen – nahm in den vergangenen Jahrzehnten stark zu. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich stark verunsichert und bekunden gar Mühe mit der eigenen Nationalität.

Integration heisst, sich in das Rechtssystem, in die hiesige Kultur und somit in die Gesellschaft des Gastlandes einzugliedern. Dabei hat sich ein Einwanderer an die Gepflogenheiten des Gastlandes anzupassen, und nicht umgekehrt. Die Integration ist eine Bringschuld (liegt in der Verantwortung der Ausländerinnen und Ausländer) Eine Integrationsförderung soll nicht ausschliesslich von staatlicher Seite ausgehen.

In den vergangenen Jahren versuchten die Behörden, den ständig wachsenden Ausländeranteil durch eine zunehmende Verschleuderung des Bürgerrechts zu vertuschen. Wurden 1990 noch 6183 Ausländer eingebürgert, waren es 2010 bereits 43400. Dabei beinhaltet die Schweizer Staatsbürgerschaft – weltweit einzigartig – die direkte Mitbestimmung bei Sachvorlagen des Bundes, des Kantons und der Gemeinde. Dies bedingt ein hohes Mass an Integration, Verständnis für unsere politische Kultur und gute Kenntnis mindestens einer Landessprache. Die Schweizer Staatsbürgerschaft muss daher Schlusspunkt, nicht Beginn des Integrationsprozesses bleiben. Wir Schweizer Bürgerinnen und Bürger müssen den Einbürgerungsentscheid auf der untersten staatlichen Stufe selbst vornehmen. Dieser ist zu akzeptieren.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... lehnen jeden Automatismus und jedes gerichtliche Beschwerderecht bei den Einbürgerungen ab.
- ... bekämpfen jeglichen Rechtsanspruch auf Einbürgerungen.
- ... verlangen, dass Einbürgerungswillige unsere Sprache und unsere gesellschaftlichen und politischen Gepflogenheiten anerkennen und annehmen. Denn nur so kann Integration gelebt und umgesetzt werden.
- ... bekämpfen jeden Missbrauch im Asylwesen.
- ... fordern eine strenge polizeiliche wie auch juristische Handhabung bei renitenten Asylbewerbern.
- ... lehnen das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer prinzipiell ab.

Landesverteidigung

Landesverteidigung als Kernauftrag der Armee

Der Schutz der eigenen Bevölkerung vor fremder Gewalt gehört zu den wichtigsten Aufgaben unseres Staates. Wir stehen heute allerdings nicht mehr konventionellen Kriegen mit regulären Soldaten gegenüber, sondern Terroristen als autonom operierende Kämpfer im Dienste einer Ideologie oder einer Religion. Die früher klaren Grenzen zwischen Krieg und Frieden, Wehrmann und Zivilist, Freund und Feind sind zunehmend verwischt. Wenn wir bei Terror- und Antiterrororkriegen, bewaffneten Interventionen, „friedens erzwingenden“ Aktionen Partei nehmen, untergräbt dies unsere Neutralität und macht unser Land unsicherer.

Was wollen wir verteidigen? Auch in Zukunft wollen wir unsere persönliche Freiheit, staatliche Unabhängigkeit, demokratische Mitbestimmung und Neutralität wenn nötig mit Waffengewalt verteidigen können. Das Ziel der schweizerischen Wehrhaftigkeit besteht seit Jahrhunderten darin, der Macht zu widerstehen.

Es besteht die Tendenz, das militärische Gewaltmonopol der Einzelstaaten durch übernationale Militärbükratien abzulösen. Unsere bewaffnete Neutralität darf nicht ständig noch spitzfindiger interpretiert werden, nur um jede Kooperation mit fremden Mächten zu rechtfertigen, denn diese ist eine Stärke der Schweiz.

Die moderne, eng vernetzte Gesellschaft und Wirtschaft ist verwundbar. Notwendig sind deshalb das Bilden von Schwerpunkten, die Dezentralisierung, Verantwortung nach unten delegieren, Flexibilität und Handlungsfähigkeit auch in Krisensituationen.

Die Milizarmee ist am besten geeignet zu Sicherungsaufträgen, wie sie die modernen Bedrohungsformen erfordern.

Im Zentrum der Armeeaufträge stehen für die SVP nach wie vor die Landesverteidigung und der Schutz der eigenen Bevölkerung vor Katastrophen. An den verfassungsmässigen Prinzipien von Neutralität, Miliz und allgemeiner Wehrpflicht darf nicht gerüttelt werden.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

... wollen, dass die Schweizer Armee ein starkes Instrument des Widerstandes bleibt.

... tragen die Verantwortung im Sinne einer bewaffneten Neutralität selber.

... entwickeln ein neues Bedrohungsbewusstsein.

... sind für die Wehrgerechtigkeit als Fundament der Miliz.

... stellen den Verteidigungsauftrag ins Zentrum.

Landwirtschaft Für hochwertige, gesunde Produkte

Nicht nur der Bauer sondern ganze Familien garantieren eine natürliche und nachhaltige Bewirtschaftung unseres Urner Bodens. Der Familienbetrieb als Unternehmung ist das zentrale Element in unserer Landwirtschaftspolitik. Die rechtlichen Bestimmungen müssen so ausgelegt werden, dass die ungleichen Voraussetzungen zu ausländischen Produktionsmethoden nicht noch grösser werden.

Die flächendeckende, nachhaltige Produktion garantiert eine grösstmögliche Eigenversorgung mit hochwertigen Lebensmitteln.

Die eindeutige Deklaration in- und ausländischer Produkte sowie deren Produktionsweise muss selbstverständlich werden. Konsumentinnen und Konsumenten müssen von der Qualität, der Rückverfolgbarkeit und den kurzen Transportwegen überzeugt sein.

Der Bewirtschaftung unserer Wälder dürfen keine weiteren Auflagen und Gesetze in den Weg gelegt werden.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... setzen auf die Eigenverantwortung der produzierenden Familienbetriebe.
- ... unterstützen eine natürliche Landwirtschaft, die marktgerechte Rahmenbedingungen vorfindet.
- ... fördern die Produktion regionaler Spezialitäten und stehen ein für einheimische Produkte und eindeutige Kennzeichnung.
- ... stehen ein für eine gerechte Unterstützung der (Berg)Landwirtschaft und unterstützen Massnahmen zur Strukturverbesserung.
- ... bekämpfen den missbräuchlichen Bezug von Beitragszahlungen.
- ... bekämpfen weitere unnötige Gesetzesauflagen, die den Bauernstand noch mehr einengen und unter Druck setzen.
- ... bekämpfen eine überbordende, die Existenz der Bauernfamilien gefährdende Grenzöffnung.
- ... lehnen ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU ab.
- ... stehen ein für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung.

Mensch, Familie und Gemeinschaft

Die Familie, der Kern unserer Gesellschaft

Die Familie bildet nach wie vor die Grundlage und den Kern unserer Gemeinschaft. Jedes Paar ist frei, seine Familienform zu wählen, trägt aber auch die Verantwortung, für die Folgen des gewählten Wegs. Traditionelle Familien mit ihren Kindern verdienen den besonderen Schutz und die Anerkennung des Staates und der Gesellschaft. In diesen Familien wird ein wesentlicher Beitrag zur Gesellschaft geleistet. Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder. Die Familie sorgt für Geborgenheit und Zuwendung. Dabei lernt das Kind gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen.

Der Staat darf nach Meinung der SVP URI die Alleinstehenden weder gesellschaftlich diskriminieren noch ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende ihren Beitrag für die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren. Auch sind sie oft gute Konsumenten und leisten damit einen wichtigen Beitrag an unsere Volkswirtschaft.

Frau und Mann sind gleichwertige und gleichberechtigte Partner. Sie sollen eine ihrer Situation entsprechende Lebensform und Arbeitsteilung anstreben, bei der beide – und vor allem auch die Kinder – nicht zu kurz kommen. Die SVP URI steht für eine Politik, in der Frauen und Männer sich miteinander, nicht gegeneinander engagieren. Nicht wer Frau oder Mann ist, sondern wer sich am besten eignet, soll ein Amt bekleiden. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau sind für die SVP URI eine Selbstverständlichkeit. Ein Gleichheitswahn durch umfassende bürokratische Regelungen dient diesem Ziel ebenso wenig wie ein „Kampf der Geschlechter“.

Kleinkinder benötigen zumindest eine feste Bezugsperson, damit ihre spätere psychische Stabilität nicht gefährdet ist. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen, Mittagstische usw. können und sollen die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht einfach an den Staat delegiert werden. Wichtig sind für unsere Jugend Unterstützung und Anerkennung sowie gute Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Familie bietet dafür die idealen Voraussetzungen.

Zur Zeit leben in unserem Land rund eine Million AHV-Bezüger. Die betagten Mitmenschen haben nach ihrem langen Arbeitsleben ein Anrecht auf angemessenen Wohlstand und eine genügende Betreuung. Die ältere Generation soll im Gesellschaftsleben mitwirken können, solange es ihre geistigen und körperlichen Kräfte gestatten. Immer weniger Berufstätige zahlen für die soziale Sicherheit von immer mehr Betagten. Der Sicherung der erreichten Altersvorsorge ist darum volle Beachtung zu schenken. Alterszentren sind örtlich zentral in dörflichen Quartieren zu bauen, wo die Betagten das Leben um sich haben und auch andere Menschen treffen können.

Der Sport dient der Volksgesundheit. Sinnvolle sportliche Betätigung erhält die körperliche, seelische und geistige Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Er ist nicht nur eine Lebensschulung für die Jugend, sondern auch eine ideale Begegnungsform für die gesamte Gesellschaft. Die Förderung des Sports soll – abgesehen vom Schul-

sport – allerdings nicht zur Staatssache werden. Im Sport entwickelt die Jugend Selbstbewusstsein und gesunden Ehrgeiz. Sie lernt Rücksichtnahme und Selbstbeherrschung. In Vereinen und Verbänden lernen Jugendliche schon frühzeitig, Führungsfunktionen und Verantwortung zu übernehmen. Der Sport ist aktive Freizeitgestaltung und reduziert das Risiko, in die Drogensucht abzugleiten. Der Breitensport bietet Ausgleich zum Berufsalltag. Die sportliche Aktivität verschafft dem Menschen körperliches und seelisches Wohlbefinden und erhält seine Leistungsfähigkeit. Vernünftig betriebener Spitzensport hat aufgrund seiner Animations- und Motivationsfunktion ebenfalls einen hohen Stellenwert.

Kultur ist das menschliche Streben und Schaffen zur Verwirklichung seelischer und geistiger Werte. Sie kann vom Staat nicht "verordnet", aber gefördert werden. Die staatliche Kulturpolitik soll lediglich ergänzenden Charakter haben und immer die Freiheit der Kultur fördern. Die SVP URI befürwortet öffentliche kulturelle Institutionen. Gleichzeitig legt sie aber grosses Gewicht auf ein Kulturschaffen, das unserer vielfältigen Schweiz entspricht und allen Menschen etwas bietet. Kultur ist in erster Linie Sache der Kultur, nicht Sache des Staates. Jede „Staatskultur“ gefährdet die kulturelle Vielfalt und führt zu korruptionsähnlichen Mäuscheleien zwischen den Politikern und den Kulturschaffenden. Stattdessen ist das private Mäzenatentum gezielt zu fördern und steuerlich zu begünstigen.

Die SVP URI bekennt sich zur christlich-abendländischen Tradition. Die Kirchen sind aufgerufen, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. In unserem Land gilt Glaubens- und Gewissensfreiheit. Es kann weder Sache einer Partei noch des Staates sein, sich in Glaubensangelegenheiten festzulegen und anzuordnen, was zu glauben sei. Glaubens- und Gewissensfreiheit muss auch heissen: Freiheit für den Dienst der Verkündigung und für die Tätigkeiten der Kirchen im Rahmen des religiösen Friedens. Jegliche religiöse Machtdemonstration ist abzulehnen. Es darf aber auch nicht Sache der Kirche sein, Politik zu betreiben.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... setzen uns für steuerliche Erleichterungen zugunsten der Familien ein.
- ... achten das geborene und ungeborene Leben.
- ... sind gegen staatliche Kinderkrippen.
- ... fordern elterliche Eigenverantwortung bei der Kindererziehung.
- ... sind gegen alle Änderungen, die heute vorhandene Solidarität der Alleinstehenden zusätzlich zu strapazieren.
- ... wehren uns gegen die Gleichmacherei und setzen auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in der Familie, in der Gesellschaft, im Beruf und in der Politik.

- ... unterstützen Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger einer sinnvollen Lebens- und Freizeitgestaltung.
- ... treten ein für den Sportunterricht an Schulen und für ein Aus- und Berufsbildungsangebot, das Sporttalente fördert.
- ... wollen die Kultur nicht staatlich verordnen.
- ... fordern Kirchen, die sich der Seelsorge statt der Tagespolitik widmen.

Öffentliche Finanzen und Steuern

Stopp dem Aufwandwachstum

Die Finanzen sind wohl das wichtigste politische Thema, von dem wir alle selbst betroffen sind. Auch ein Staat kann nur unabhängig funktionieren, wenn der Finanzhaushalt im Lot ist und die Schuldenlast nicht ständig einen grossen Teil der Staatseinnahmen wegfrisst.

Mittelstandsfreundliche SVP-Finanzpolitik heisst Orientierung am Notwendigen. Die vorhandenen Mittel sind nach klaren Prioritäten einzusetzen. Begehrlichkeiten dürfen nicht durch neue Steuereinnahmen erfüllt werden und die Staatsquote muss tief gehalten werden.

Eine sparsame Haushaltsführung ist durch die Reduzierung des Aufwandes zu erreichen. Die Aufgaben und die Ausgaben des Kantons sind laufend zu überprüfen und im Sinne der Finanzierbarkeit anzupassen. Nur ein schlanker Staat, ein auf seine Kernaufgaben beschränkter Staat ist auf Dauer funktionstüchtig und finanzierbar.

Mehr Steuern nein, mehr Eigenverantwortung und Sparen ja.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... bekämpfen konsequent alle neuen und die Erhöhung bisheriger Steuern, Gebühren und Zwangsabgaben.
- ... fordern die Trennung zwischen Notwendigem und Wünschbarem.
- ... bekämpfen den Einzug von Steuern auf Vorrat.
- ... akzeptieren staatlichen Leistungsabbau nur, wenn er mit entsprechender Steuerreduktion einhergeht.
- ... fordern einen Rückgang des Aufwandwachstums der öffentlichen Haushalte.
- ... setzen uns für ein nachhaltig ausgeglichenes kantonales Haushaltsbudget ein.
- ... befürworten den Steuerwettbewerb unter den Kantonen und den Gemeinden im Interesse einer tieferen Steuerbelastung.

Religionen

Unsere Werte sind herausgefordert

Die SVP bekennt sich zur abendländisch-christlichen Kultur der Schweiz. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen.

Weder eine Partei noch der Staat soll die Mitmenschen auf Glaubensdinge verpflichten oder ihnen den "richtigen" Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern das freie Denken, Schreiben, Sprechen - und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und für die kirchlichen Tätigkeiten. Diese Toleranz findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften diese Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen.

Genau wie wir uns als Gäste in islamischen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir hier konsequent auf die Einhaltung von Gegenrecht bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem dürfen nicht geduldet werden. Es ist klarzumachen, dass hier unsere Regeln gelten und sich jeder anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz steht über der Religionsfreiheit. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... stehen zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staates, unserer Kultur und unserer Rechtsordnung.
- ... fordern, dass Kreuze und Kruzifixe als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden.
- ... fordern die Kirchen auf, sich der Seelsorge und der Verkündigung der christlichen Botschaft zu widmen statt der Tagespolitik.
- ... lehnen jegliches religiöse Sonderrecht ab, das im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung steht.
- ... lehnen jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab.
- ... widersetzen uns besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften.
- ... wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen, speziell auch den Sport- und Schwimmunterricht.
- ... verlangen die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots.

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit, Existenzgrundlage für alle

Unser Sozialnetz darf nicht als Hängematte dienen. Jeder Mensch ist für sein Tun und Lassen – im Rahmen seiner Möglichkeiten – selbst verantwortlich.

Der Staat stellt mit seinen sozialen Einrichtungen Auffangnetze zur Verfügung, welche Extremsituationen mildern und eine minimale Lebensgrundlage schaffen helfen. Dieses Netzwerk muss in guten und schlechten Zeiten funktionieren, was einen haushälterischen, zukunftsorientierten Umgang mit den finanziellen Mitteln erfordert.

Eine starke Marktwirtschaft ermöglicht die Finanzierung der Sozialwerke, muss jedoch auch soziale Verantwortung übernehmen.

Das gängige Giesskannenprinzip mit Recht auf Unterstützung für Jedermann muss schrittweise in gezielte Hilfe umgebaut werden. Nur so kann die persönliche Leistung gefördert und das staatliche Ruhekitzen durchlüftet werden.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... stehen zu unseren Sozialwerken und verlangen eine gesicherte Finanzierung, auch in Zukunft.
- ... unterstützen Beiträge an Wohn- und Beschäftigungsplätze für Menschen mit einer Behinderung.
- ... sind gegen den weiteren Ausbau der Sozialwerke.
- ... wollen kein Giesskannenprinzip und wollen die Mittel nur dort einsetzen, wo wirklicher Bedarf besteht.
- ... verlangen, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht durch zusätzliche soziale Steuern belastet werden.
- ... bekämpfen den Missbrauch unserer Sozialwerke.

Tourismus

Die Chance unseres Kantons

Finden wir den Kompromiss zwischen radikalem und sanftem Tourismus? Die Urner Tourismuswirtschaft erarbeitet jährlich einen geschätzten Umsatz von rund 155 Millionen Franken. Zudem sind ungefähr 1500 Personen in diesem Wirtschaftsbereich tätig, was ca. zehn Prozent der Beschäftigten im Kanton Uri entspricht.

Neben der Landwirtschaft ist der Tourismus oft die einzige Erwerbsmöglichkeit in den Randregionen und leistet damit auch einen wichtigen Beitrag für die dezentrale Besiedelung.

Der Kanton Uri steht mit seinen Naturschönheiten, intakten Landschaften und attraktiven Tourismusangeboten für alle offen. Die Unterstützung von touristischen Anlagen wird begrüsst, muss aber restriktiv eingesetzt werden.

Der Staat gibt die Rahmenbedingungen, die Privatwirtschaft sorgt für einen ausgewogenen Tourismus.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... vertrauen auf die Stärken des Urner Tourismus.
- ... setzen uns für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ein, damit unsere Tourismusunternehmen wettbewerbsfähig bleiben.
- ... wollen eine enge Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft, damit die dezentrale Besiedlung erhalten bleibt.
- ... wollen eine privatwirtschaftliche Vermarktung der jeweiligen Tourismusregion.
- ... sind gegen ein Tourismusgesetz.
- ... setzen uns für einen tourismusfreundlichen Richtplan ein.

Umwelt

Unsere Umwelt, davon haben wir nur eine

Die gute Lebens- und Wohnqualität, die Natur und die schöne Landschaft gehören zu den Standortvorteilen unseres Kantons. Umweltschutz ist auch Schutz und Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen, soll aber den Menschen nicht unnötig in seiner Bewegungsfreiheit einschränken.

Es gehört zu einer vernünftigen Umweltpolitik, dass umweltgerechtes Verhalten belohnt und umweltschädliches Verhalten belastet wird.

Weil die Umweltpolitik alle angeht, muss sie für alle attraktiver werden. Wir unterstützen das Verursacherprinzip und das Prinzip der Nachhaltigkeit. Wir setzen beim Umgang mit der Umwelt auf Eigenverantwortung.

Umweltschutz kann nur zusammen mit Partnern aus Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, sowie einer funktionierenden Wirtschaft betrieben werden.

Aufgrund unserer Topographie ist der Kanton Uri stärker als andere den Naturgefahren ausgesetzt.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... setzen uns ein für das Verursacherprinzip und lehnen jegliche Form von indirekten Steuern ab.
- ... wollen Anreize statt Verbote.
- ... fordern die Rückführung der Umweltbürokratie auf ein vernünftiges und nützliches Mass.
- ... fordern die nachhaltige Nutzung und Verwendung einheimischer Ressourcen und Produkte.
- ... unterstützen die verstärkte Erziehung und Aufklärung zu einem umweltgerechten Verhalten.
- ... unterstützen die notwendigen Investitionen in Hochwasserschutz, Lawenschutzbauten, Steinschlagbauten und dergleichen, die zur Eindämmung der Naturgefahren beitragen.

Verkehr

Verkehr, die Achse um die sich alles dreht

Verbindungen schaffen Kontakte. Sicher und gut ausgebaut sind sie die beste Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir erachten die Mobilität als wirtschaftliches und individuelles Grundbedürfnis.

Ob Strasse oder Schiene, beide verursachen ihre Kosten, haben ihre Stärken und Schwächen. Diese zu erkennen und im wirtschaftlichen Zusammenspiel zu fördern sowie sinnvoll zu ergänzen schafft neue Wege. Wege der Vernunft und der maximalen Optimierung des gesamten Verkehrs, öffentlich und privat.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... widersetzen uns gegen höhere oder neue Gebühren und Abgaben (bspw. Road-Pricing) im Strassenverkehr.
- ... fordern bei allen Verkehrsträgern die Kostenwahrheit und die gleichen Massstäbe.
- ... wollen ein sicheres und lückenloses Strassennetz.
- ... fordern härtere Strafen für uneinsichtige Verkehrsteilnehmer im Wiederholungsfall.
- ... fordern, dass Geschwindigkeitskontrollen ausschliesslich der Verkehrssicherheit dienen und nicht als staatliche Einnahmequelle missbraucht werden.
- ... fordern den Bau einer zweiten Röhre für den Gotthard-Strassentunnel, der den Alpenschutzartikel beachtet und vollends respektiert.
- ... fördern die Koordination zwischen privaten und öffentlichen Verkehrsträgern.
- ... verlangen kostenbewusstes Vorgehen im öffentlichen Verkehr (Bahn/Bus).
- ... unterstützen die Anbindung des Kantons an den öffentlichen Regionalverkehr.
- setzen uns für den Erhalt der (SBB)Gotthard-Bergstrecke ein.

Wirtschaft

Wirtschaft, der Motor für unseren Wohlstand

Als Milchkuh der Nation für die Einen und Dividendenspender für die Andern ist sie letztlich der Motor der modernen Gesellschaft und ein Grundpfeiler unseres freiheitlichen Staatswesens.

Unser Wohlergehen hängt weitgehend von einer starken Wirtschaft ab. Diese braucht optimale Rahmenbedingungen, damit sie leistungsfähig bleibt, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen kann. In unseren kleinen und mittleren Unternehmen wird der Hauptanteil unserer Staatseinnahmen erarbeitet.

Mit der Schaffung eines wirtschaftsgünstigen Klimas, der Stärkung der erforderlichen Infrastruktur und ohne übertriebene staatliche Auflagen erreichen wir die besten Voraussetzungen für eine starke Wirtschaft im eigenen Kanton. Im Gegenzug übernimmt die Wirtschaft weiterhin ihre soziale Verantwortung und ist sich ihrer staatstragenden Rolle bewusst.

Eine tiefe Staatsquote und tiefe Steuern sind die beste Standortförderung.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... setzen uns ein für den Erhalt der bestehenden und der Ansiedlung neuer Unternehmen.
- ... wollen Jungunternehmer motivieren und fördern.
- ... fordern attraktive Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Uri.
- ... wollen, dass die Steuern Innovation und Kapitalbildung begünstigen.
- ... unterstützen den Abbau von eigentumsfeindlichen und zwangsstaatlichen Auflagen und Vorschriften.
- ... kämpfen dafür, dass Leistung auf allen Stufen in unserer Gesellschaft wieder den ihr zustehenden Stellenwert hat und belohnt wird.

Wir sind die Partei der Grundsätze Darum braucht es eine starke SVP URI

Die Bürgerinnen und Bürger haben die SVP in den letzten Jahren in der Schweiz zur wählerstärksten und im Kanton Uri zur wählerzweitstärksten Partei gemacht. Das erfüllt die Gegner der SVP nicht mit Freude. Sie wollen eine schwache SVP im Bundesrat, in den Kantonsregierungen, in den Gemeinderäten wie in den Parlamenten aller Stufen. Die SVP macht aber nicht Politik für ihre politischen Gegner, sondern für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Das ist ziemlich genau das Gegenteil der Politik unserer Gegner.

Warum wollen die ändern eine schwache SVP? Nur schwache Parteien können starke Gegner nicht ertragen. Doch unsere direkte Demokratie lebt davon, dass wir alle Themen kontrovers behandeln. Dazu braucht es unterschiedliche Köpfe. Wenn alle gleich denken, erreichen wir nur eine Pseudoharmonie, das Gegenteil von guten Lösungen. Gute Lösungen muss man sich erarbeiten, erstreiten und erkämpfen. Dazu braucht es starke Vertreter in allen Parteien.

Warum braucht es eine starke SVP? Weil wir gute Grundsätze vertreten. Wer als Parteivertreter nicht weiss, wofür seine Partei grundsätzlich steht, wird in den konkreten Fragen immer scheitern oder die falsche Politik betreiben. Wer aber den Kompass richtig einstellt, wird seinen Weg und das richtige Ziel finden. Ist der Kompass aber erst einmal richtig eingestellt, kann die Lösung im konkreten Fall nicht falsch sein. Darum ist es wichtig, Grundsätze zu haben und an ihnen festzuhalten. Die SVP hat ihren Wählerauftrag zu erfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger wählen die SVP, weil sie an unsere Grundsätze, an unsere Lösungen, an unsere Durchsetzungskraft glauben.

Wenn die SVP ihre Arbeit richtig macht, dann bringt sie ihre Grundsätze überall ein: in den Gemeinden, im Kanton und im Bund. Politik hat man dort zu betreiben, wo sie sich aufdrängt: in den Parlamenten, Regierungen und Behörden, vor allem aber auch mit den Mitteln der direkten Demokratie. Aufbauend auf dem Boden der Wirklichkeit, den Problemen offen in die Augen schauend, Klartext redend, die Lösungen unbeirrt auch gegen Anfeindungen vertretend - das alles hat die SVP stark gemacht. Das Wichtigste neben dem Festhalten an den Grundsätzen ist der Durchhaltewille. Darum nehmen die Vertreter der SVP auch einen beschwerlichen Weg auf sich. Denn sie alle wissen: Je weniger die SVP-Politiker an sich selber denken, desto mehr denken die Wählerinnen und Wähler an sie.

Die Standpunkte der SVP URI

Wir ...

- ... wollen keine bequeme Pseudo-Harmonie.
- ... nützen Grundsätze als politischen Kompass.
- ... halten an unseren Grundsätzen fest.

Stehen Sie gemeinsam mit der SVP für den Kanton Uri ein!

Unterstützen Sie die Politik der SVP
mit einer Spende auf das
Bank-Konto 23897.73
bei der Raiffeisenbank Urner Oberland

Herzlichen DANK!

SVP - die tut was!

- Ich unterstütze die Politik der SVP und werde Mitglied der Ortspartei
.....
- Gerne erhalte ich weitere Informationen über die SVP.
- Ich unterstütze die SVP in ihrem Ziel, für die Schweiz und den Kanton Uri einzustehen, und überweise Fr.
auf das Bank-Konto 23897.73 bei der Raiffeisenbank Urner Oberland.
Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.

Absender

Vorname

Vorname Partner / Partnerin

Name

Strasse

PLZ / Ort

E-Mail

Telefon P Telefon G

Mobiltelefon

Beruf

Geburtsdatum

Datum / Unterschrift

Bitte zurücksenden an:

SVP URI
Postfach
6460 Altdorf



